



Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank Sauerzweig zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der vorliegende Haushalt ist weiterhin geprägt durch die finanziellen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie. Darüberhinaus sind in allen Bereichen der Verwaltung enorme Preissteigerungen zu verzeichnen, die auf den durch Russland geführten Angriffskrieg auf die Ukraine zurückzuführen sind.

Im Haushaltsplanentwurf 2023 können vor diesem Hintergrund insgesamt gut 4,7 Millionen EURO ergebniswirksam isoliert werden. Das bedeutet konkret, dass die ansonsten eintreten den Verschlechterungen des jeweiligen Jahresergebnisses ausbleiben. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Stornierung. Nein! Keineswegs.

Wir verschieben durch alle in den Jahren durchgeführten Isolierungen lediglich Schulden in die Zukunft! Und genau vor diesem Hintergrund ist der Ansatz der Verwaltung zunächst einmal richtig, zusätzliche Isolierungen möglichst zu vermeiden. Es muss in jedem Haushaltsjahr unser aller Prämisse sein, den Haushalt so aufzustellen, dass die Verschiebung von Schulden in die Zukunft vermieden werden kann. Die Isolierungen dürfen nicht zu einem Automatismus werden. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, zusätzliche Belastungen von unseren Kindern und Enkeln abzuwenden.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister,

die Verwaltung kann trotz schwieriger Rahmenbedingungen und einem nie da gewesenen Investitionsvolumen -Vierfachturnhalle, Schulzentrum, Rathaus, Sanierung und Ausbau von Kindertagesstätten- einen über die Planungsjahre fiktiv ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Einen Haushalt, der ganz eindeutig die Handschrift unseres Bürgermeisters in den einzelnen Haushaltspositionen und im Stellenplan trägt. Und das ist auch gut so!

Wir haben als SPD in der Koalition einen hochverschuldeten Haushalt übernommen. Wir haben ihn in enger Abstimmung mit der Verwaltung sorgsam auf unsere Schwerpunkte hin angepasst. Und bereits zweimal ausgeglichen vorgelegt.

Wir sind auch als Oppositionspartei mit der Vorlage sehr einverstanden: Der Haushalt ist zu

rückhaltend, aber zielorientiert geplant und kommt ohne Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger aus. Hierfür gilt dem Kämmerer und der gesamten Verwaltung unser Dank!

In diesem Zusammenhang waren Ihre Anfeindungen als Reaktion auf das Informationsschreiben unseres Kämmerers zur finanziellen Lage im November absolut unangebracht! Die Kritik der CDU und in Teilen auch von den Grünen war rein taktisch geprägt, aber was viel schwerwiegender ist, diese Kritik war zügellos, persönlich und ehrverletzend. Wer so handelt ist am Ende auch verantwortlich dafür, wenn es Menschen gibt, die das eben so nicht mehr ertragen wollen. Sie sind in der Konsequenz verantwortlich, wenn unter diesen Bedingungen herausragende Positionen nicht mehr besetzt werden können. Das schadet unserer Stadt!

Das muss aufhören. Wir sind Korrektiv, nicht Besserwisser!

Herr Becker, meine Damen und Herren von der Kooperationsgemeinschaft, ich fordere Sie dazu auf zur Fairness zurückzukehren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so zu begegnen wie Sie es verdient haben. Respektvoll und wertschätzend!

Kommen wir zum **Stellenplan**, meine Damen und Herren.

Die vom Bürgermeister in den letzten zwei Jahren vorgenommenen personellen Veränderungen wurden mit Augenmaß und klarem Blick auf die gegebenen Notwendigkeiten und auf ein zielgerichtetes Verwaltungshandeln vorgenommen.

Keine willkürliche Mehrung oder Streichung von Stellen, alles gut begründet und an der Sache orientiert. Deshalb fanden alle Vorschläge auch immer die große Mehrheit der politischen Gremien.

Beispielhaft seien die Änderungen im Bereich Wirtschaft und Umwelt genannt. Die sinnvolle Zusammenlegung der beiden Bereiche garantiert eine strukturierte und inhaltlich abgestimmte Ausrichtung des neu entstandenen Fachbereiches.

Und genauso entscheidend ist, dass für die Neuaufstellung des Amtes keine einzige zusätzliche Stelle geschaffen wurde, vielmehr wurde sinnvoll innerhalb des Stellenplans umstrukturiert. So sieht verantwortungsbewusste Personalpolitik aus, meine Damen und Herren.

Überhaupt argumentiert der Vorwurf des aufgeblähten Stellenplans vollkommen an der Realität vorbei. Ihr Versuch, meine Damen und Herren von CDU und Grünen, die Handlungsfähigkeit des Bürgermeisters und seiner Verwaltung über einen Sperrvermerk beim Stellenplan einzuschränken misslang kläglich. Die Beanstandung des Bürgermeisters blieb unwidersprochen und somit haben Sie faktisch die Rechtswidrigkeit Ihres Ansinnens anerkannt.

Nun folgt ein weiterer Versuch der Kooperation auf dem Rücken der Verwaltungsbelegschaft Ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen. Sie fordern für das aktuelle Haushaltsjahr eine Einsparung über den Stellenplan von mindestens 1 Millionen EURO. Diese Absicht macht uns fassungslos, meine Damen und Herren.

Ihnen muss doch auch aufgefallen sein, dass die Verwaltung bei der Vielzahl von umzusetzen den Projekten und Arbeiten schon heute nicht mehr alles leisten kann was sie leisten soll und müsste. Diese Tatsache ignorieren Sie aus taktischen Gründen. Sie sollten aber nicht die Befindlichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung ignorieren. Die Mitarbeiter fühlen sich überlastet. Das ist Fakt, aber das interessiert Sie offensichtlich nicht.

Sie sprechen in Ihrem Antrag zum Stellenplan von einer „drastischen“ Personalkostensteigerung (auf 35 Millionen EURO Soll-Ausgaben) und tun gerade so, als sei diese Steigerung vom Himmel gefallen. Sie wissen doch ganz genau, dass im Stellenplan ganz erheblich das benötigte Personal für die zwei zusätzlichen städtischen Kindertageseinrichtungen und der erhöhte Personalbedarf für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben zu Buche schlagen.

Wenn das als Argumentation nicht ausreicht, dann erkennen Sie vielleicht an, dass IHRE politische Entscheidung das Stadtfest in städtische Organisation zu übergeben, den Bedarf für weitere zusätzliche Stellen erzeugt hat.

Aber, meine Damen und Herren, noch viel entlarvender sind zwei kleine, aber entscheidende Wörter in Ihrem Antrag zum Stellenplan. IST und SOLL. Sie prangern die drastische Steigerung der Personalkosten von 2022 auf 2023 an, vergleichen dabei aber die IST-Zahlen aus 2022 mit den SOLL-Zahlen aus 2023.

Fakt ist, dass im Jahr 2022 ca. 20 Stellen (auch pandemie- und kriegsbedingt) nicht besetzt werden konnten und somit nicht in die Bilanz fielen. Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind diese Ansätze komplett berücksichtigt, weil man momentan noch von einer tatsächlichen Besetzung ausgehen muss.

Dies blenden Sie bewusst aus und gaukeln den Bürgern unserer Stadt auch hier eine verfälschte Realität vor, um weiterhin polemisch und ohne Rücksicht auf Verluste ihre Macht demonstrieren zu können.

Aber so dumm sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht, meine Damen und Herren von CDU und Grünen.

Ein weiteres Argument konterkariert Ihre Argumentationslinie. Bei weiteren Stellenstreichungen werden zusätzliche Arbeitsaufträge intern nicht mehr erledigt werden können und zu einer externen Beauftragung führen, die wiederum zusätzliche Kosten erzeugen werden. Hinzu kommen Mindereinnahmen durch nicht erhobene Ordnungsgelder.

Nein, Ihre Strategie ist nicht schlüssig! Ich bitte die Verwaltung jetzt schon für alle gestrichelten Stellen die Kosten für eine externe Vergabe der Leistungen zu prüfen und dem Rat vorzu legen.

Aber wie sieht Ihre Streichung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt eigentlich konkret aus? Sie wollen beispielsweise die Stelle für die Elektroprüfungen aller städtischer Gebäude streichen. Was glauben Sie eigentlich wer diese Prüfungen zukünftig durchführen wird? Der Toni?

Von den Grünen hätte man es vielleicht so erwarten können, aber gerade die „Law and Order“-Partei CDU will heute 2 Stellen im Außendienst des Ordnungsamtes streichen. Und das

obwohl Sie im Wirtschaftsförderungsausschuss mehr Sicherheit für die Einkaufstadt Siegburg einfordern. Weniger Präsenz auf den Straßen unserer Stadt und weniger Kontrolle des ruhenden Verkehrs werden die Konsequenz sein. Das sorgt sicherlich nicht für ein gesteigertes Sicherheitsgefühl bei den Bürgern.

Ihre Streichung von Arbeitsplätzen macht auch vor dem Bereich der Jugendarbeit und Kindertagespflege nicht halt. Sie wollen 2 Stellen bei der Tagespflege von Kindern streichen. Haben Sie sich eigentlich mal Gedanken darüber gemacht, was das für die Betreuung von Kindern beispielsweise von alleinerziehenden Müttern bedeutet? Offensichtlich nicht!

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister,

meine Fraktion spricht sich gegen die Streichung von Stellen aus. Die abgebildeten Stellen werden benötigt und sollen sicherstellen, dass die Aufgaben, die gerade auch in den Zeiten von Krisen und Krieg vor uns liegen auch angemessen geleistet werden können.

Die Ausstattung der Verwaltung mit ausreichend Personal muss allein schon aus Fürsorgepflicht unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber sichergestellt sein.

Sie, meine Damen und Herren der Kooperation, pumpen auf der einen Seite Geld in die Stadtbetriebe, um dort neue, hoch dotierte Stellen zu schaffen und auch den Vorstand üppig mit Personal auszustatten. Hier noch ein Vorstandsposten mehr und dort noch ein Dienstwagen oben drauf.

Auf der anderen Seite schränken Sie die Handlungsfähigkeit der städtischen Verwaltung mit Ihrem Antrag zum Stellenplan bewusst ein. Ein sehr durchschaubares und schändliches Manöver!

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Baustein städtischer Haushalte. Zur **Gewerbesteuer**. Wir unterstützen ausdrücklich den vorsichtigen Umgang der Verwaltung mit den Erwartungen bei den Gewerbesteuererinnahmen. Die Festsetzung auf 24 Millionen EURO und damit die Steigerung um 1 Millionen EURO bleibt unter den belastbaren Kennziffern.

Das ist richtig so und bewahrt uns in Zukunft vor den Folgen eklatanter Gewerbesteuerausfällen im hohen zweistelligen Millionenbereich. Das und die damit verbundene Bürgerbelastungspolitik hatten Sie in der Vergangenheit zu verantworten, Herr Becker und meine Damen und Herren der CDU.

Im aktuellen Haushalt werden die Zahlen im Verwaltungsentwurf eben nicht aufpoliert und künstlich schön gerechnet. So sieht verantwortungsbewusste Finanzpolitik aus, meine Damen und Herren!

Ganz anders auch heute wieder die Kooperationsgemeinschaft von CDU und Grünen. Sie beantragen den Ansatz für die kalkulierten Gewerbesteuererinnahmen um weitere 3 Millionen EURO zu erhöhen.

Ich frage mich, wie Ihnen dieser Blick in die Glaskugel gelingt und wie Sie Ihre Prognose verantworten können? Fakt ist, dass die Zahl der steuerpflichtigen Objekte in Siegburg rückläufig (718 in '21 > 698 in '22 > 651 in '23) ist.

Und... Gerade vor dem Hintergrund, dass uns entscheidende Gewerbesteuerzahler verlassen werden, ist eine dauerhafte und signifikante Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen mehr als unrealistisch und zumindest fahrlässig. Ein Spiel mit dem Feuer vor dem wir eindringlich warnen.

Kommen wir zur **Grundsteuer**. In der momentanen finanziellen und weltpolitischen Situation warnen wir ebenso deutlich vor populistischen und vorschnellen Entscheidungen zur Reduzierung der Grundsteuer B.

Und dennoch, wir stehen weiterhin zu unserem Wort und haben selbstverständlich auch für den vorliegenden Haushalt prüfen lassen, ob der Grundsteuerhebesatz – zumindest für dieses Jahr – gesenkt werden könnte. 50 Punkte wären maximal möglich gewesen, dann wäre unser Haushalt aber vor allem für die kommenden Jahre absolut auf Kante genäht.

Um es für Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger auf den Punkt zu bringen: 50 Punkte Entlastung über den Grundsteuerhebesatz bedeuten bei einer Steuerlast von 2.000,- EURO eine jährliche Ersparnis von 90,- EURO. Wir haben uns davon überzeugen lassen, dass dies keine Steuerentlastung wäre, sondern Schönfärberei. Vielleicht effektiv, aber eben nicht effizient!

Eine Steuersenkung bedeutet für Siegburg einen riskanten Ertrags- und Cashverlust. Eine heute beschlossene Steuerentlastung für die Bürger kann vor allem vor dem Hintergrund von Krieg und Krisen nicht nachhaltig ausgebaut oder auch nur durchgehalten werden. Steuersenkungen sind momentan überhaupt keine seriöse Option!

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister,

die **angespannte wirtschaftliche Situation, wird durch die Kooperationsgemeinschaft aus CDU und Grünen noch weiter verschärft**. Auch das gehört zur Gesamtdarstellung unserer Haushaltssituation dazu.

Kurz zum Hintergrund:

Der Vorstand der **Stadtbetriebe AÖR** meldete für das Jahresergebnis des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2022 einen Fehlbetrag an, der durch einen um 1,4 Millionen EURO erhöhten Zuschuss seitens der Stadt ausgeglichen werden sollte.

Zurückzuführen war dieser Fehlbetrag auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW zur Kalkulation von Abwassergebühren und der damit verbundenen Mindereinnahmen. Dieses Ereignis traf die Stadtbetriebe unerwartet und es war nicht kalkulierbar. Zudem reagierte der

Vorstand unmittelbar mit Konsolidierungsvorschlägen an die Politik. Ein Akt der Fairness, dass auch meine Fraktion der Erhöhung des städtischen Zuschusses (von 3,2 auf) von 4,6 Millionen EURO für 2022 zustimmte.

Über Konsolidierungsmaßnahmen für die folgenden Wirtschaftspläne gab es zwischen FDP, Grünen und meiner Fraktion eine Vereinbarung. Diese sollten eine strukturelle Verbesserung der Wirtschaftspläne der Stadtbetriebe garantieren und somit eine dauerhafte Zuschusserhöhung seitens der Stadt verhindern.

Wie Sie wissen, verließen die Grünen aus bestimmten Gründen die Siegburgkoalition. Und nun? Jetzt hatte für die neue Kooperation doch sicherlich die Konsolidierung der Stadtbetriebe AöR oberste Priorität, um die Stadt handlungsfähig zu halten ... Denkste!

Hierzu der Vorstand der Stadtbetriebe, André Kuchheuser: „Mir gegenüber hat sich keine politische Mehrheit zu erkennen gegeben, die bereit wäre, die zu erwartenden Defizite ... durch strukturelle Minderausgaben/Mehreinnahmen zu kompensieren.“ Was für eine schallende Ohrfeige für die neue Verhinderungskoooperation.

Statt sich Ihrer Verantwortung als neue Mehrheit zu stellen und ggf. auch unliebsame Entscheidungen zu treffen, haben Sie sich weggeduckt und jegliche gestalterische Kraft vermissen lassen.

Kein einziger Vorschlag der den Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe konsolidieren könnte. Statt dessen wurde mit der neuen Mehrheit der städtische Zuschuss dauerhaft um maximal 3,7 Millionen EURO auf dann 6,9 Millionen EURO erhöht. Ein Freifahrtschein zur Ausschöpfung des Maximalzuschusses!

In der Vergangenheit benutzte Begriffe wie „Taschenspielertricks“ oder „Verschiebebahnhof“ gehen an dieser Stelle gar nicht weit genug. Sie gefährden dauerhaft die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt. Nicht mehr und nicht weniger!

Ihr Verhalten, meine Damen und Herren von CDU und Grünen, dokumentiert darüber hinaus ein fieses Spiel mit der Macht. So wird einfach mal der wohlwollende und wohlgelittene Vorstand der Stadtbetriebe üppig mit städtischem Geld ausgestattet, bevor es der ungeliebte Bürgermeister mit seiner Verwaltung für die Entwicklung unserer Stadt investieren kann.

Sie schränken so aber nicht nur die Handlungsmöglichkeiten des städtischen Haushaltes ein, sie verhindern auch den finanziellen Spielraum für eine nachhaltige Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger.

Sie haben in kürzester Zeit bewiesen, dass Ihnen Mut und Kraft zur Verständigung und Führung fehlen und das Ihnen Machtpolitik wichtiger ist als das Wohl unserer Stadt.

Und da wo Sie sinnvoll und gerechtfertigt einsparen könnten, da verweigern Sie sich. Wie bei den Diäten der städtischen Abgeordneten.

Auf der einen Seite unterstützen Sie die SPD mit Ihrem Antrag Geld über die Streichung der Ausschussvorsitzendenvergütung einzusparen, zwar nicht vollumfänglich, aber immerhin, um auf der anderen die Einsparungen wieder einzukassieren, um sich als politische Vertreter un

serer Stadt die Taschen noch voller zu machen. Ein Argmutszeugnis!

Meine Damen und Herren,
nicht nur finanzpolitisch führt uns die Kooperationsmehrheit in eine für unsere Stadt problematische Zukunft. Bemerkenswerte planungs- und **gesellschaftspolitische Positionierungen** und Aktionen, auch aus der Zeit als sich die CDU in der Fundamentalopposition befand, **spalten zunehmend unsere städtische Gemeinschaft.**

Sie haben nicht nur auf dem Seidenberg oder auf dem Brückberg versucht populistisch anzutreiben und zu spalten. Der „Bahnhof Brückberg“ entlarvt hierbei in besonderer Weise die Strategie und den Charakter der Verhinderungskoooperation. Ganz nach dem Motto: Bloß kein erfolgreiches Projekt für die Stadt ODER zumindest die Gegner müssen unsere Freunde sein! Ob das alles Sinn macht oder auch nicht!

Diese Art des politischen Selbstverständnisses darf sich in unserer Stadt nicht durchsetzen, meine Damen und Herren. Dialog organisieren, statt Zwietracht sähen und Spannungen verstärken. Miteinander statt Gegeneinander! Dafür steht meine Fraktion und so wünsche ich mir die politische Kultur für unsere städtische Gemeinschaft!

Apropos Verhinderungskoooperation ... Ist Ihnen aufgefallen, dass seit dem Herbst mehr angehalten wurde als umgesetzt? Das Projekt „Bahnhof Brückberg“, das Parkraumkonzept, der städtische Mobilitätsplan (SUMP), das Stadtteilquartier Brückberg, der Neubau der Feuerwache ... Nichts geht weiter. Alles steht still! Sie zaudern und bremsen, meine Damen und Herren von CDU und Grünen. Und im Ratssaal geht es nur noch darum, das eigene Recht durchzusetzen. Wenn das alles ein Aufbruch sein sollte, dann ging er gehörig schief.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister,

unsere Schwerpunkte und Initiativen der vergangenen 2 Haushaltsjahre sind feste Bestandteile des Verwaltungshaushaltes für 2023 und die Folgejahre geworden.

So werden beispielsweise auch weiterhin Solarbänke für das Stadtgebiet geplant und Stadtmöblierung wird ergänzt; Ideen, Talente und Engagement auch zukünftig in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen honoriert, der Mietspiegel wurde umgesetzt und der kulturelle Austausch durch den runden Tisch etabliert.

Die Digitalisierung unserer Stadt entwickelt sich vorbildlich und das vollumfängliche Livestreaming aller Gremien- und Ratssitzungen hat sich etabliert. Politische Beteiligungsformate wurden weiterentwickelt, ausgebaut und konsequent in den politischen Entscheidungsprozess integriert. Das Bürgerbudget startete, die ersten Projekte wurden ausgewählt und in diesem Jahr umgesetzt. Großartige Erfolge!

7

Die Erstellung des Masterplans Sport startet in diesem Jahr und soll auch die neu entstehenden Sportstätten mitberücksichtigen.

Diese Auswahl bekräftigt die Identifikation meiner Fraktion mit dem vorliegenden Haushalt.

SPD Haushaltsveränderungsanträge 2023:

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister,

ich möchte im Folgenden die Haushaltsänderungsanträge der SPD-Fraktion kurz umreißen:

Zusätzliche Schulsozialarbeiterstelle für beide Gymnasien (und ab 2024 für Grundschulen)

Die Notwendigkeit für zusätzliche Schulsozialarbeit hat mittlerweile auch die CDU erkannt. Diese Forderung ist allerdings nicht gegenfinanziert. Die Mittel, auf die die Kooperation in Ihrem Antrag abzielt, sind an die erfolgreiche Projektarbeit von „Zeithwerk“ am Schulzentrum Neuenhof gebunden (insgesamt 2,5 Stellen).

Das Evangelische Jugendzentrum macht mit „Zeithwerk“ am Schulzentrum eine herausragende Integrationsarbeit für SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Arbeit vom „Zeithwerk“ ist klassische Schulsozialarbeit und bietet darüber hinaus unter anderem freizeitpädagogische Aktivitäten, Hilfe zur Lebensbewältigung und Sprachförderung an.

Diese Arbeit muss fortgesetzt werden. Das heißt aber eben auch, dass erstens der Finanzierungsvorschlag der Kooperation schädlich ist und dass zweitens die Stadt für zusätzliche Schulsozialarbeit zusätzliches Geld in die Hände nehmen muss (und hierbei übrigens eine Aufgabe des Landes übernimmt, das wieder einmal nicht ausreichend liefert.)

Vielleicht muss ich meine Aussagen aber auch revidieren und der Finanzierungsvorschlag von CDU und Grünen passt doch. Zumindest aus Ihrer Sicht!

Es würde mich allerdings zum wiederholten Male fassungslos machen, wenn Sie die herausragende integrative Sozialarbeit am Schulzentrum beenden wollten. Hierdurch ginge uns nicht nur ein ausgezeichnetes Angebot verloren, sondern Sie würden zudem den Umfang der sozialpädagogischen Arbeit am Schulzentrum verschlechtern.

Sie sollten mal mit den schulischen Vertretern und vor allem mit den Schülerinnen und Schülern im Schulzentrum reden. Dieses Vorgehen könnte niemand verstehen!

Frau Thiel,

Sie waren jahrelang am Schulzentrum tätig und kennen die Situation dort sehr gut. Sie können doch nicht ernsthaft zulassen, dass wir die Rahmenbedingungen für die Schulsozialarbeit dort personell und konzeptionell verschlechtern!

2 Stellen laufen zum Ende des Schuljahres aus und das Geld wollen Sie nutzen, um eine Schulsozialarbeiterstelle für das Schulzentrum neu zu schaffen? Das ist ein Rückschritt, den Sie zu verantworten hätten, Frau Thiel und meine Damen und Herren der Kooperation.

Ich wünsche mir, dass Sie sich offen für unseren Antrag zeigen und den so dringend notwendigen Ausbau der Schulsozialarbeit an Siegburger Schulen ermöglichen.

Wir beantragen für das kommende Schuljahr eine zusätzliche Schulsozialarbeiterstelle, die hälftig an beiden Gymnasien zum Einsatz kommen soll. Zudem sollen die Verträge der zwei befristeten Stellen mit dem „Zeithwerk“ über das laufende Schuljahr hinaus langfristig verlängert werden, um auch zukünftig mit notwendigem Umfang innovative und integrative Sozialarbeit am Schulzentrum Neuenhof sicherstellen zu können.

Die SPD-Fraktion beantragt darüber hinaus ab dem Schuljahr 2024/2025 die Schulsozialarbeit auch auf die Grundschulen auszuweiten.

Fachleute zeigen mehr psychische Auffälligkeiten bei Kindern im Grundschulalter als Folge der Pandemie und fordern einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit.

Offene Jugendarbeit

Wir sind weiterhin vom Projekt „Bahnhof Brückberg“ überzeugt und geben die Hoffnung nicht auf, dass sich der Fachverstand durchsetzt. Wir werden den Prozess der Umsetzung mit der Aufstellung der Eisenbahnwaggons weiterhin aktiv begleiten und stellen für die bauliche Fertigstellung des „Bahnhof Brückberg“ 150.000,-€ in den Haushalt ein.

Die SPD-Fraktion will die offene Kinder- und Jugendarbeit weiter ausbauen und beantragt hierzu zusätzliche Mittel zur Schaffung stationärer Angebote im Stadtgebiet in den Haushalt einzustellen.

Unser Ziel ist es, Jugendarbeit in allen Stadtteilen zu ermöglichen. Jugendliche sollten wohnortsnah die Möglichkeit haben, sich zu treffen und Angebote zur Beratung anzunehmen.

Zunächst könnten in Siegburg vier Schwerpunktstandorte (Deichhaus, Siegburg-Mitte, Kaldauen und Brückberg) der Jugendarbeit und auch Quartiersarbeit (weiter-)entwickelt und ausgebaut werden. Diese werden durch projekt- und anlassbezogene zentrale und dezentrale Angebote ergänzt.

Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und Bindung an die ehrenamtliche Feuerwehr

Der Ansatz der Kooperation das Ehrenamt im Bereich der Feuerwehr zu fördern ist vom Grundgedanken her nicht falsch.

Aus Sicht der SPD ist die Zahlung von pauschalen Aufwandsentschädigungen aber eher willkürlich und nicht zielführend, die Attraktivität und Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr zu steigern. Wichtig ist uns auch, den Übergang aus der Jugendfeuerwehr in die Löschgruppen zu unterstützen. Ein Ansatzpunkt wäre hier die Förderung von Führerscheinen.

Wir wollen innovativer sein und zielgerichteter fördern. Wir beantragen einen Haushaltsansatz von 50.000,-€ für 2023 und die Folgejahre und bitten die Verwaltung Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und Bindung an die ehrenamtliche Feuerwehr zu identifizieren und zu

fördern.

Die Verwaltung sollte für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen Vorschlag über die Verwendung dieser Mittel erarbeiten.

Elternbeiträge

Wir beantragen für das Kindergartenjahr 2023/2024 eine Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr für alle Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu 100.000,-€. Darüber hinaus verdienende Eltern sollten auch weiterhin moderate Beiträge zahlen.

Mit dieser sozialen Komponente tragen wir der Haushaltslage Rechnung und es entspricht unserer Überzeugung, besonders dort zu entlasten wo das Geld am dringendsten benötigt wird.

Für das Kindergartenjahr 2024/2025 beantragen wir zusätzlich den Wegfall der Elternbeiträge für die U3-Betreuung für die Familien, deren Bruttojahreseinkommen unter 100.000,-€ liegt.

Der Wegfall der Elternbeiträge kann auch in den Folgejahren über die Reduzierung des jährlichen Zuschusses der Stadt an die Stadtbetriebe auf maximal 3,2 Millionen (-1,4 Mio. €) EURO kompensiert werden.

Meine Damen und Herren,

wir fordern einen Prozess zur strukturellen Sanierung der Finanzen der Stadtbetriebe. Es geht meiner Fraktion um Einsparungen oder Ergebnisverbesserungen im Wirtschaftsplan der AÖR, um die strukturelle Gesundung der Stadtbetriebe.

Die beliebige Zuschusserhöhung der Kooperation behandelt lediglich kurzfristig Symptome, ist aber ungeeignet nachhaltig und strukturell die finanzielle Schieflage der Stadtbetriebe zu beheben.

Wir lassen Sie hier nicht aus Ihrer Verantwortung, meine Damen und Herren der Kooperationsgemeinschaft.

Und wir bieten Ihnen an, offen in einen Kompensationsprozess einzusteigen mit dem Ziel, strukturelle Minderausgaben/Mehreinnahmen mit einer lagerübergreifenden politischen Mehrheit zu realisieren und für das Jahr 2024 wirksam zu machen.

Es liegt also in unser aller Hand kostenfreie Kinderbetreuung zu ermöglichen.

Wir fordern von der Landesregierung ein klares JA zu beitragsfreier Bildung von Anfang an, klare Regelungen und eine damit verbundene finanzielle Unterstützung der Kommunen.

10

Nur so erreichen wir Chancengleichheit für alle Kinder.

Im Bereich Jugendamt/Schulverwaltung wollen wir ein neues Produkt „Internationale Jugend

begegnungen“ einrichten, um Begegnungen (auch schulische) nachhaltig zu unterstützen.

Vergabe von Zuschüssen für Balkonkraftwerke

Im Bürgerbudget sind bereits 10.000,-€ für die Vergabe von Zuschüssen für Balkonkraftwerke bei einer Förderhöhe von 200,-€ vorgesehen.

Wir wollen diesen Ansatz verdoppeln und so doppelt so vielen Bürgerinnen und Bürgern eine Förderung ermöglichen.

Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung des digitalen Siegburg-Gutscheins

Der Siegburg Gutschein soll an exponierter Stelle in die CityKeyApp eingebunden werden. Für diese technische Realisierung wird ein Betrag von 5.000,-€ zur Verfügung gestellt. Sofern hier Mittel übrigbleiben, sollen diese für Werbemaßnahmen wie beispielsweise Gewinnspiele oder Verlosung von Gutscheinen innerhalb der CityKeyApp verwendet werden, um damit die At

traktivität des Gutscheines und gleichzeitig die Bekanntheit der App zu steigern.

Jan Groß brachte im Wirtschaftsförderungsausschuss einen ähnlichen Ansatz vor, der so auch schon im fraktionsübergreifenden Arbeitskreis „Digitales“ diskutiert wurde. Ich gehe daher an dieser Stelle von einer breiten Zustimmung für unseren Antrag aus.

Stadtmöblierung

Nach zahlreichen Anregungen aus der Bürgerschaft beantragen wir konkret die Aufstellung von 2 Bänken am Radweg der alten Bahntrasse.

CDU und Grüne wollen die erforderlichen Mittel streichen. Die Bürger werden es Ihnen sicher danken!

Aufstellung von Stromkästen

Wir beantragen für die Stadtteile Wolsdorf und am Brückberg die Installation und Aufstellung von Stromkästen, die bei öffentlichen Veranstaltungen genutzt werden können. In Wolsdorf regen wir als Standort den Bolzplatz an, auf dem auch Veranstaltungen der Grundschule stattfinden (Martinszug, Spendenlauf, Zirkusprojekt).

die Beitragsbefreiung bei der Kinderbetreuung hinaus seriös nicht machbar. Das wurde auch durch die finanzpolitischen Entscheidungen der Kooperation aus CDU und Grünen unmöglich gemacht!

Was aber Realität bleiben kann: Dass wir Sieburg weiter lebens- und liebenswert erhalten. Zusammen. Zielorientiert.

Und, ich kann Ihnen für die Zukunft zwei Versprechen geben:

Erstens:

Wir werden die neuen Einheitswerte nach der Grundsteuerreform nicht für versteckte Steuererhöhungen nutzen, sondern dafür sorgen, dass der Hebesatz so gestaltet wird, dass in der Summe die derzeitigen Erträge von ca. 13 Millionen EURO in 2025 nicht automatisch überschritten und die Bürgerinnen und Bürger somit nicht höher belastet werden.

Und Zweitens:

Sollte die Spielbank tatsächlich nach Sieburg kommen, werden wir die Spielbankabgabe im hohen jährlichen Millionenbereich vollständig zur nachhaltigen Bürgerentlastung verwenden.

Eine Idee ist kann hierbei auch ein Mix aus Grundsteuersenkung und verpflichtender jährlicher Reduzierung der Kassenkredite sein, um auch der Generationengerechtigkeit Rechnung zu tragen. Dem Grundsatz fühlt sich die SPD-Fraktion verpflichtet und genau das sind wir den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt schuldig.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung,

erlauben Sie mir zum Schluss noch ein Wort ganz persönlich an Sie zu richten. Ich bedanke mich für Ihre Arbeit in allen Dezernaten und Fachbereichen.

Mit Ihrem Einsatz haben Sie den Laden dort am Laufen gehalten, wo eigentlich noch weitere Kolleginnen und Kollegen notwendig wären, um das Arbeitspensum zu bewältigen.

Es hat mich überwältigt, mit welcher Kompetenz und Offenheit für Neues wir uns in den letzten gut zwei Jahren begegnen durften. Ich bin sehr dankbar dafür und halte das nicht für selbstverständlich. Vor allem, weil sich ja über Jahrzehnte bestimmte Abläufe, Umgangsformen und Anforderungen eingeschliffen hatten.

Wir erhielten von Beginn an engagierte Unterstützung, um uns in Inhalte und Prozesse einarbeiten zu können. Hierbei konnten wir uns stets auf Augenhöhe begegnen und das will ich Ihnen auch für unsere zukünftige Zusammenarbeit zusagen.

Wenn wir aufeinandertreffen, dann wird das immer in größter Wertschätzung erfolgen. Wir wollen mit Ihnen zusammenarbeiten, mit ihnen kooperieren und sie nicht diktieren. Diese Zeiten sind vorbei! Das sagte ich in der Haushaltsrede 2021, und wir sorgen mit Ihnen

gemeinsam dafür, dass das auch so bleibt.

Ich freue mich darauf, GEMEINSAM unsere Stadt voran zu bringen! Und ich lade auch unsere politischen Mitstreiter ein, diesen Weg der MITEINANDERS zu verinnerlichen und mitzugehen.

Und an Sie alle: Bleiben Sie gesund!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Siegburg, den 02.03.2023

A handwritten signature in blue ink, reading "Frank Sauerzweig". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Frank Sauerzweig

(Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Siegburg)